

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 13 (1972)  
**Heft:** 24

**Buchbesprechung:** Der Bauer in der Sowjetunion : zu einem Band in der Reihe  
"Tatsachen und Meinungen" im SOI-Verlag

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Zu einem Band in der Reihe «Tatsachen und Meinungen» im SOI-Verlag

# Der Bauer in der Sowjetunion

In der UdSSR hat die akute Lebensmittelkrise dieses Jahres (bereits hat man Freiheitsstrafen wegen Brotverschwendung ausgesprochen) eine permanente Tatsache sichtbar gemacht: Mit dem Agrarwesen ist es so bestellt, dass eine Missernte zu einem landesweiten Notstand genügt. Somit ist die Frage nach dem System legitim. Zu den Möglichkeiten, an die Materie heranzutreten, gehört es, die Lage der Bauern zu untersuchen, der schliesslich das landwirtschaftliche System an der Basis trägt und erträgt. Ihm ist die neueste Broschüre\* von Professor Laszlo Revesz in unserem Verlag gewidmet.

Das Zusammenfallen dieser Veröffentlichung im Herbst 1972 mit dem Ernterückschlag in der Sowjetunion ist allerdings zufällig; der Autor nimmt keinerlei Bezug darauf. Es geht hier ja auch nicht um nachträgliche Erklärungen für eine wirtschaftliche Misere, sondern um die rechtliche, soziale und materielle Situation des Kolchosbauern beziehungsweise des Landarbeiters im Sowchos (Staatsgut).

## Ganz abgesehen von 1972...

Zusammenhänge bestehen natürlich trotzdem. Aber sie lassen sich eigentlich noch besser erkennen, wenn man ein ausgesprochen schlechtes Ertragsjahr mit seinen gehäuften Witterungswidrigkeiten samt den möglichen oder unmöglichen Entschuldigungsgründen nicht berücksichtigt. Auch sagt ein Getreidedefizit in absoluten Zahlen nicht so viel aus wie die Produktion pro Hektar, die in der Sowjetunion

keine 50 Prozent der Vergleichswerte entwickelter kapitalistischer Länder ausmacht. Und der Witz dabei ist, dass hier die Eventualbegründung einer schlechteren Ausgangslage just nicht gilt: Seit Bestehen der Sowjetmacht hat sich nämlich in der landwirtschaftlichen Produktivität der Abstand zu den westlichen Ländern nicht verkleinert, sondern vergrössert. Bis zu den vorangegangenen besten Erntejahren hat man in der Sowjetunion die Hektarerträge der späten Zarenzeit nicht einmal verdoppelt; innerhalb des gleichen Zeitraumes aber wurden die Hektarerträge der EWG-Staaten rund verdreifacht. (Der Vergleich, der die direkte Ernte berücksichtigt, würde noch ungünstiger, wenn man die nachträglichen Verluste bei Transport, Lagerung und Verteilung berechnen könnte, die laut sowjetischen Quellen selbst enorm sind) Bei diesem Entwicklungsvergleich muss man also für die Sowjetunion nicht irgendwelche übernommene Rückschrittlichkeit beklagen, sondern eine Rückschrittlichkeit feststellen, die gar nicht umhin kann, ihre Ursachen im System zu haben.

\* Laszlo Revesz: «Der Bauer in der Sowjetunion». TM 23, SOI-Verlag, Bern 1972. 128 Seiten, Franken 13.80.

**Die ewige Groteske: das eklatante Missverhältnis in der Produktion von Kollektivwirtschaft und Nebenwirtschaft**

Seltsamerweise ist es aber vielleicht nicht ein internationaler, sondern ein interner Vergleich, der am besten zeigt, warum der sowjetische Bauer nicht in die Lage versetzt wird, besser zu produzieren. Es geht um das geradezu groteske Missverhältnis der Erträge aus dem kollektiv und aus dem privat bebauten Land.

Jedem Kolchosbauern ist nämlich ein Stück Land zur eigenen Bewirtschaftung überlassen. Es wird Nebenwirtschaft oder Hofstelle genannt und darf je nach Regionen, Bodenbeschaffenheit usw. bis zu einer halben Hektare (0,2 Hektaren für bewässerten Boden) umfassen; die Landarbeiter der Staatsgüter haben ebenso wie die Angestellten der Kolchossiedlungen wenigstens Anrecht auf ein Gärtchen. Ursprünglich war diese Einrichtung zur Selbstversorgung gedacht, aber es hat sich daraus die Sitte entwickelt, dass der Bauer die Ueberschussproduktion entweder den staatlichen Einkaufsgesellschaften zu Fixpreisen abgibt (was er nur im Ausmass von obligatorischen Belieferungspflichten tut) oder aber zu Preisen nach Angebot und Nachfrage in der Stadt auf dem sogenannten Kolchosmarkt verkauft. Das ist sein persönliches Einkommen, unabhängig von seinem Anteil aus dem Ertrag der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (Kolchos) oder von seinem Lohn als Landarbeiter.

Nun ist man in der Breschnew-Zeit mit statistischen Angaben zum Produktionsvergleich zwischen der offiziellen Hauptwirtschaft und den Nebenwirtschaften zurückhaltend geworden, aber was 1965 über das vorangegangene letzte Jahr der «Chruschtschewschchina» publiziert wurde, hat in den Proportionen seine Gültigkeit behalten. Revesz hält zum Beispiel daraus fest:

1964 machte der Anteil der Nebenwirtschaften an der gesamten Produktion aus: Kartoffeln 70 Prozent, Früchte 42 Prozent, Fleisch 44 Prozent, Milch 45 Prozent, Eier 76 Prozent, Wolle 22 Prozent. Aus dem Privatanbau resultierte ferner ein Viertel der Traubenlese und die Hälfte der Beerenproduktion. Also ein insgesamt riesiger Anteil an der landwirtschaftlichen Gesamterzeugung. Und das aus einem geradezu lächerlichen Anteil am Boden: Die Agrarnutzfläche der UdSSR betrug damals 227,7 Millionen Hektar. Auf die Nebenwirtschaften der Kolchosbauern und auf die privaten Parzellen der Sowchosangestellten entfielen ganze 8,17 Millionen Hektar. Die Fläche der Nebenwirtschaften und Privatgärtchen machte 2,7 Prozent der Agrarnutzfläche (3,7 Prozent der Saatfläche) aus, besorgte aber rund ein Drittel der gesamten Agrarproduktion.

Dieses flagrante Missverhältnis nimmt sich geradezu als Verhöhnung der «sozialistischen» Produktionsmethoden aus, und es ist auch in der Sowjetunion immer als peinlich empfunden worden.

In der Bekämpfung des Uebels war man allerdings erratisch. Chruschtschew insbesondere wollte abwechselungsweise durch Tolerierung der Nebenwirtschaften die allgemeine Produktionslage verbessern oder durch ihre Abschaffung die Bauern zwingen, ihre Energie auf die kollektive Bewirtschaftung zu konzentrieren. Später hat es unter Breschnew zunächst so ausgesehen, als ob man die private Produktion samt dem privaten



Schafhirte auf der Krim.

Verkauf in den Städten diskret aber konsequent institutionalisieren wolle. Eine ganze Reihe von Erlassen und Massnahmen wies in diese Richtung: Erlaubnis zur privaten Grossviehhaltung, Rückführung von «enteigneten» Nebenwirtschaften in die Verfügung des Bauern (das Bodeneigentum bleibt natürlich kollektiv oder staatlich), bessere staatliche Preise für private Produkte usw. Die inoffizielle Einrichtung des Kolchosmarktes wurde nicht nur im übertragenen Sinne zementiert; die freien Verkaufsplätze wuchsen aus ihrem halblegalen Dasein zu einem immerhin anerkannten Status heran; denn Verfügungen über bauliche Gestaltung usw. dürfen doch wohl als amtliche Beglaubigung ihrer Daseinsberechtigung gelten, während sie früher nur so etwas wie die tolerierteste Form des schwarzen Marktes darstellten.

Von 1969 an ist allerdings wieder die Grenze der Nebenwirtschaft betont worden (das seither gültige Musterstatut der Kolchosbauern fixiert vor allem Einschränkungen), und in diesem Jahre 1972 ist die öffentliche Kampagne gegen die private Profitgier der Bauern wieder belebt worden, vor allem am Beispiel Georgiens, wo der Bauer in der Tat sozusagen traditionsgemäß am unbekümmertsten von seiner Nebenwirtschaft lebt. Ihre Erzeugnisse verkauft er dann sogar in Moskau oder Leningrad (die Flugreise lohnt sich für einen Korb Tomaten) zu kleinen Quantitäten mit enormen Gewinnmargen.

Die volkswirtschaftliche Grotteskomödie um die Nebenwirtschaften wäre undenkbar, wenn die Lage der Bauern als Mitglied eines Kollektivs (in dieser «befreiten» Funktion sieht ihn das ideologische Selbstverständnis) nicht so unmöglich wäre. Und das ist sie bis zum Jahre 55 nach der Oktoberrevolution immer gewesen, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise. Gerade das zeigt die Broschüre von Laszlo Revesz, welche Geschichte und Stand des sowjetischen Bauerntums anhand der sowjetischen Quellen und Angaben untersucht; gerade den amtlichen Daten lässt sich zwingend entnehmen, dass der Bauer in einem wörtlichen Sinne nicht leben könnte, wenn er so leben würde, wie es dem «sozialistischen Bewusstsein» entspricht. So kommt es, dass heute der sowjetische Bauer in seinem Verhalten weniger Sinn für das kollektive Interesse bekundet als sein Kollege im Westen, der bestimmt nicht mit einem Korb voll Tomaten von Zürich nach Helsinki (gleich Tiflis—Moskau) fliegen wird, um sowohl seine Familie zu ernähren als auch die finnischen Städter zu versorgen.

### Lohn- und Rentenverhältnisse

Die Frage nach der Lage des Bauern in der Sowjetunion betrifft einen verhältnismässig hohen Prozentsatz der Bevölkerung. 1970 machte die Landbevölkerung 43 Prozent der Gesamteinwohnerschaft von 245 Millionen aus, und die 27 Millionen Kolchosbauern und Sowchosarbeiter stellten gut 30 Prozent aller Berufstätigen. Laut sowjetischen Angaben kann ein Bauer in der UdSSR maximal fünf bis sechs Staatsbürger mit Lebensmitteln versorgen (in den USA betrage das Verhältnis 1:15 bis 1:18), sofern er von Technik und Arbeitskraft bestmöglichen Gebrauch macht.

Wie lebt diese sehr beträchtliche Bevölkerungsgruppe? Lohnmässig abgesichert sind nur die rund 10 Millionen Landarbeiter auf den Staats-

gütern; die offiziellen Minimallöhne für Arbeiter und Angestellte von 60 Rubel im Monat sind praktisch mit den Maximallöhnen für Landarbeiter identisch. Dass die Minimallöhne effektiv noch weit darunter liegen, zeigen die Rentenbestimmungen von 1972 wo Lohnkategorien bis unter 35 Rubel pro Monat vorkommen (siehe letzte Nummer), und die konkreten Fälle hierzu findet man sozusagen immer auf dem Land. Bei einer Rubel-Kaufkraft von 2 bis 3 Franken lässt sich leicht ausrechnen, dass es ohne die Erträge aus der privat bebauten Parzelle nicht einmal zum Vegetieren reichen würde.

Noch viel mehr trifft das auf die 17 Millionen Kolchosbauern zu. Ihre Entlohnung besteht eigentlich aus dem Anteil, der ihnen aus dem Verkauf der Gemeinschaftsproduktion an die staatlichen Einkaufsorganisationen zusteht, wenn erst die gesamte überdimensionierte Bürokratie bezahlt ist. Wenn freilich ein Defizit herauskommt, bedeutet das am Ende gar nichts, und genau das ist bei vielen verschuldeten Kolchos immer wieder der Fall gewesen. Deshalb ist man notgedrungen auf ein anderes System gekommen, das sich einer Fixentlohnung annähert: Man bezahlt monatlich Vorschüsse auf den Soll-Ertrag, und der Kolchos muss zu diesem Zweck eine festgesetzte Minimalsumme in einem Fonds sicherstellen. (Abgesehen davon sind die Lohn- und Prämienberechnungen für die Genossenschaftsbauern ausserordentlich kompliziert.)

Was die Minima für den Einzelnen bedeuten, lässt sich aus den Minimalansätzen der Altersrenten ermesen, welche (für Arbeiter und Angestellte) die Minimalgehälter zu hundert Prozent weiterführen. 1971 wurde das minimale Altersgeld für Kolchosbauern von 12 auf 20 Rubel erhöht. Wenn der altgewordene Bauer die Kraft nicht mehr hat, seine Nebenwirtschaft zu führen, ist er damit schlicht und einfach auf die Mildtätigkeit von Verwandten angewiesen, soweit diese etwas abzugeben haben.

Die obligatorische Pensionskasse für Kolchosbauern besteht übrigens im ältesten sozialistischen Staat der Welt erst seit 1965 (ein einheitliches System der Sozialversicherung seit 1970), und wie es so geht, sind seither säumige Kolchos sozusagen Jahr für Jahr durch die Presse ermahnt worden, das bestehende Obligatorium nun auch zu verwirklichen.

Damit hängt die materielle Lage des Bauern ganz entscheidend von seinen — wie gesagt regional sehr unterschiedlichen — Möglichkeiten ab, privat etwas zu verdienen. Und wenn er das auf eine Weise tut, die vielleicht weder moralisch sehr schön, noch volkswirtschaftlich sinnvoll ist, so ist das nicht seine eigene Schuld; das offizielle Einkommen würde kaum zum Ueberleben taugen.

### Besserer Komfort via Zwangsumsiedlung

Dazu kommt, dass die Verhältnisse in den Dörfern meist primitiv sind und vor allem durch Fehlen von Dienstleistungsbetrieben charakterisiert werden. Revesz gibt dazu einige zahlenmässige Beispiele: 1966 hatten 1176 von den 1600 Siedlungen des Gebietes Tschernigow keine Reparaturwerkstätte, keine Schneiderei und kein Coiffeurgeschäft. In einigen Bezirken entfällt eine Werkstatt auf 25 bis 40 Ortschaften; dabei ist zu betonen, dass Tschernigow zu

den Gebieten zählt, wo die Zustände bedeutend besser sind als im Osten und Norden. In der RSFSR entfallen auf dem Lande sechsmal weniger Dienstleistungsbetriebe auf einen Einwohner als in der Stadt (wo man auch schon schlecht versorgt ist). Viele Dorfbewohner können weder Schuhe noch Haushaltgeräte reparieren lassen. Chemische Reinigung und Wäschereien sind in ländlichen Verhältnissen praktisch unbekannt.

Diesen Zuständen sucht man dadurch zu begegnen, dass man kleine Dörfer aufhebt und an ihrer Stelle besser eingerichtete Siedlungen oder Agrostädte errichtet. Bis 1970 hätten die noch bestehenden Einzelgehöfte liquidiert werden sollen, aber das Programm ist in Verzug. Bei der Gründung von neuen Siedlungen wird in der Presse noch darauf hingewiesen, dass sie elektrifiziert seien, was auf die Ansprüche schliessen lässt, die man auf dem Lande hat. Die Anstrengungen in diese Richtung sind anerkennenswert, aber es ist doch darauf hinzuweisen, dass die Bauern in ihre komfortableren Wohnorte zwangsumgesiedelt werden, wenn es einmal (meist mit Verspätung auf den Plan; das komplizierte System der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten erschwert alles) so weit ist.

### Die diskriminierteste Berufsschicht in der Sowjetunion

Die grossen Benachteiligungen des Bauern sowohl in seinem Einkommen als auch in seinen Lebensbedingungen sind mit ein Grund zur erheblichen Landflucht. Dieser Tendenz wirkt man dadurch entgegen, dass man die Bauern ihrer Freizügigkeit innerhalb der Landesgrenzen (die internationale Freizügigkeit steht ohnehin nicht zur Diskussion) beraubt: Der Kolchosbauer kann nur mit Erlaubnis des Kolchosvorstandes auswärts arbeiten. Die Betriebsleitung muss von jedem, der sich zur Arbeit meldet, zwei Dokumente verlangen: das Arbeitsbüchlein (bei Jugendlichen ein Verhaltenszeugnis) und den Personalausweis («Pass»), der bescheinigt, dass der Werk tätige an seinem Wohnort registriert ist. Damit soll das eigenmächtige Verlassen des Kolchos verunmöglicht werden. Einen häufigen praktischen Vorwand, einen Dorfbewohner am Wegzug zu verhindern, gibt seine persönliche Verschuldung. Eine an sich humane Verordnung von 1966 erlaubt es dem Bauern, sich am «Naturalienfonds» (d. h. Dorf Laden oder Dorfmagazin) auf Konto seiner kommenden Entlohnung zu versorgen. Häufig verbraucht er so seinen ganzen Lohn im voraus und tritt das nächste Jahr mit Schulden an. Ohne Begleichung der Schulden wird aber kein Wegzug gestattet, und in manchen Kolchosen mit Personalknappheit wird ganz bewusst mit extensiver Kreditgewährung beim Einkauf gearbeitet, um die Leute bei der Stange zu halten.

Die Bauern stellen alles in allem die diskriminierteste Berufsschicht in der Sowjetunion dar. (Revesz weist auch ihre Untervertretung in politischen Behörden und Partiegremien nach usw.) Man ist immer noch dabei geblieben, sie als politisch unreif und unzuverlässig zu betrachten, und sorgt just damit auch dafür, dass sie es sind. Die permanente Agrarnot mit ihren jeweiligen akuten Krisen hat verschiedene Wurzeln, so etwa den unmöglichen Verteilerapparat. Aber ein Hauptgrund ist die Behandlung des Bauern, der noch mehr bevormundet wird als die übrigen Sowjetbürger.

cb